

**Leben im Dienste der Allgemeinheit –
Von den Möglichkeiten und Hemmnissen unkonventionellen
zivilgesellschaftlichen Engagements in Wien**

Tatjana Fischer

Beitrag für Momentum10, Netzwerk 2 „Solidarität organisieren“, Track 5 „Politik der Zivilgesellschaft: community organizing und Graswurzelbewegungen

1. Einführung

Versteht man zivilgesellschaftliches Engagement als gemeinsame Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern an der Lösung alltäglicher Herausforderungen, so denkt man einerseits an „organisierte“ Formen der Kooperation wie etwa Lokale Agenda 21 oder die Mitarbeit in Nicht-Regierungsorganisationen, andererseits an die klassische Nachbarschaftshilfe, die heute vielfach als ein das soziale Leben prägendes Element im ländlichen Raum gesehen wird.

Weitgehend unbekannt ist aber die Situation jener Personen, die den individuellen Weg zivilgesellschaftlichen Engagements bevorzugen und „ohne organisatorisches Dach“ agieren.

Die folgenden Ausführungen basieren auf den Erkenntnissen der Erforschung der Arbeit des „Grätzlaktivisten mit gesichertem Grundeinkommen“ in Wien 10 Favoriten, Fritz Endl. Die abstrahierten Inhalte der zwei qualitativen Leitfadeninterviews, die hierzu im Februar und März 2010 mit Herrn Endl, Initiator und Hauptträger ehrenamtlichen Engagements im Triesterviertel, geführt worden sind, werden nun – gekoppelt mit der Analyse ausgewählter Sekundärliteratur vorgestellt.

Die Auseinandersetzung der Kernfrage nach dem Zusammenhang zwischen dem herausragenden Engagement einer Einzelperson und dem gemeinschaftlichen Beraten, Entscheiden und Handeln – sie erfolgte im Rahmen der Wissenschafts- und Forschungsförderung seitens der Magistratsabteilung 7 – Kultur (Fischer 2010) – ist auch aus raumwissenschaftlicher Sicht interessant, da sie Aufschluss darüber geben kann, welchen Möglichkeiten und Hemmnissen sich eine engagierte Privatperson fernab konventioneller Organisationsformen im Ringen um die Sicherungen von Lebensqualität und sozialem Zusammenhang in ihrer (un-)mittelbaren Wohnumgebung gegenüber sehen kann, muss man sich gewärtigen, dass in der Raumplanung respektive Raumentwicklung der Partizipation als Arbeitsmethode bereits großer Stellenwert zukommt und in Zukunft zur Vorbereitung politischer Entscheidungen noch mehr an Bedeutung gewinnen soll.

Zur wissenschaftlichen Annäherung an die und operationelle Handhabung der Komplexität obiger Kernfrage scheint die Zerlegung in folgende sieben Teilfragen am Ziel führendsten:

Teilfrage 1: Welche individuellen Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit zivilgesellschaftliches Engagement überhaupt angedacht wird und konkrete persönliche Handlungsbereitschaft entsteht?

Teilfrage 2: Wie erfolgt die themen- und handlungszentrierte Ausrichtung?

Teilfrage 3: Wie gelingt es, in der Stadt breitere Beteiligung durch Gleichgesinnte zu erlangen?

Teilfrage 4: Unter welchen Voraussetzungen wird das individuelle zivilgesellschaftliche Handeln im städtischen Raum politisch unterstützt?

Teilfrage 5: Mit welchen Hindernissen sieht sich die engagierte Privatperson auf infrastruktureller, finanzieller und politischer Ebene konfrontiert?

Teilfrage 6: Welches sind die größten Chancen zivilgesellschaftlichen Engagements auf persönlicher Ebene?

Teilfrage 7: Wo liegen die Potenziale unkonventionellen zivilgesellschaftlichen Engagements im städtischen Raum?

2. Unkonventionelles Ehrenamt – Versuch einer begrifflichen Definition

Ehrenamt im Sinne freiwilligen Engagements privater Personen bezeichnet heute das „unentgeltliche, gemeinwohlbezogene Engagement in selbstorganisierten Initiativen, Aktionsgruppen, Projekten. ... von anspruchsvollen Leitungstätigkeiten bis zum einfachen Mitmachen ist alles möglich“ (Wegweiser Bürgergesellschaft 2010).

Als unkonventionelle Vorgangsweise wird in weiterer Folge die individualistisch-subjektive Prägung des Agierens der ehrenamtlich engagierten privaten Personen bezeichnet, die sich u. a. im öffentlichen Auftritt derselben widerspiegelt.

Ehrenamtliches Engagement lässt sich demnach durch folgende Attribute beschreiben:

- Freiwilligkeit
- Gemeinwohlorientierung
- keine Gewinnerorientierung
- Bildung einer „Community“ (Gemeinschaft), deren Entstehung auf der Initiative einer Einzelperson basiert.
- Kurzfristigkeit des Engagements der sich Beteiligten
- Intensität der Mitarbeit in Abhängigkeit von persönlichen Interessen und unmittelbarer Betroffenheit
- rascher Rückzug nach (erfolgreichem) Projektabschluss.

Exkurs: Arbeitsdefinition „Gemeinschaft“:

Unter Gemeinschaft bzw. Community wird im Folgenden ein besonderes Kollektiv bzw. eine spezifische kritische Masse an Personen verstanden, die für eine bestimmte Zeitdauer ein bestimmtes Interesse teilt und spezifische Methoden zur Erreichung des Ziels anwendet. Hierbei können während des Prozesses der Zusammenarbeit bzw. Zielverfolgung die Motivation sowie der Einsatz der Beteiligten sehr unterschiedlich sein. Die gemeinsame Arbeit kann sowohl physisch als auch im virtuellen Raum geleistet werden.

3. Der Zusammenhang zwischen dem herausragenden Engagement einer Einzelperson und dem gemeinschaftlichen Beraten, Entscheiden und Handeln

Teilfrage 1: Welche individuellen Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit zivilgesellschaftliches Engagement überhaupt angedacht wird und konkrete persönliche Handlungsbereitschaft entsteht?

Folgende Hauptmotive privater Personen, sich ehrenamtlich zu engagieren bzw. sich an bestehenden Initiativen bzw. Aktionen zu beteiligen, lassen sich identifizieren:

- persönliche Betroffenheit und persönlicher Leidensdruck (Notsituation, Wahrnehmung von Veränderungen)
- Verarbeitung die Persönlichkeit prägender (privater) Ereignisse
- spezifisches Interesse an der Thematik
- Bereitschaft sich weiterzuentwickeln.

Besteht eine Koppelung mit einer oder mehreren der nachfolgenden Attribute, so entsteht konkrete persönliche Handlungsbereitschaft:

Einreichung für das Wissenschaftsstipendium der Stadt Wien

- Vorhandensein einer der Initiative bzw. Aktion kongruente persönliche Werthaltung (Prägung durch Elternhaus, persönliche politische Überzeugungen)
- Vorhandensein persönlicher Eigenschaften wie systemisches Denken, Integrität sowie Verantwortungsgefühl und -bewusstsein für die Gemeinschaft
- Einsatzbereitschaft (Aktivität und Mobilität), Begeisterungsfähigkeit und Überzeugungskraft (auch des bzw. der (Ehe-)PartnerIn)
- im Falle der Übernahme der TrägerInnenschaft der alleinigen Verantwortung (für Erfolg und Scheitern) der Initiative bzw. Aktion: Mut, Ausdauer, Hartnäckigkeit, Dialogbereitschaft, Kommunikationsfähigkeit, Integrität, den Überblick behalten können. Loslassen können, zumal die Kontakte nicht auf Dauer angelegt sind, sondern projektgebunden „genutzt“ werden. Weiters ist es wichtig, institutionelle Rückendeckung nicht als prioritäre Voraussetzung anzusehen.
- Das Privatleben erfüllt bestimmte Voraussetzungen: Unterstützung durch den bzw. die (Ehe-)PartnerIn, temporäres Vorhandensein eines „Büros zuhause“ (geeignete Räumlichkeiten, technische Ausstattung, Internet). Weitere Privilegien sind Zeit und finanzielle Unabhängigkeit

Teilfrage 2: Wie erfolgt die themen- und handlungszentrierte Ausrichtung?

Diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten, zumal:

- die themen- und handlungszentrierte Ausrichtung anlassfallbezogen sein kann (Veränderungen im unmittelbaren Wohnumfeld, die persönliche Betroffenheit erzeugt) oder sich am persönlichen Interesse orientiert bzw. sich in der persönlichen Weiterentwicklung widerspiegelt (Stellung im Lebenszyklus, Stellenwert prägender Erlebnisse).
- die Themen sich dem jeweiligen Zeitgeist entsprechend anpassen können.
- es möglich sein kann, dass Themen von Kontaktpersonen „von außen“ spontan in die „Community“ „hinein getragen werden“.
- die Ausrichtung intuitiv erfolgen kann.
- die Ausrichtung „intellektuell-analytisch“ erfolgen kann, indem Anregungen bzw. verschiedenste Gedanken Anderer, die als grundlegend für das eigene Wirken erachtet werden, in das (eigene) Denkmuster aufgenommen werden (z. B. verschiedenste visionäre Gedanken und Utopien)
- der langjährige Einsatz bzw. die langjährige Aktivität dazu führen können, dass sich die Einzelideen zu einem integrativen Ansatz hin entwickeln.

Die von Fritz Endl beispielsweise installierte Online-Plattform „Mach' mit im Triesterviertel“ (Plattform Mach' mit im Triesterviertel 2010) sowie die als „eigenes Dorf“ in Dorfwiki (DorfWiki Online Community 2010) etablierte Community setzt sich zum Ziel, das zivilgesellschaftliche Engagement per se zu stärken und lädt die BesucherInnen der Internetseite förmlich dazu ein. Es werden viele Aktivitäten vorgestellt, die sektoral unterschiedliche Ziele verfolgen. Der Aufbau der Internetplattform „zwingt“ die InteressentInnen bzw. BesucherInnen dazu, viel Information aufzunehmen. Dies kann für (noch) nicht (thematisch) orientierte bzw. „ungeübte“ UserInnen zum Knackpunkt werden und möglicherweise dazu beitragen, für die einzelnen Aktivitäten nicht genügend kritische Masse an UnterstützerInnen zu finden.

Dazu kommt, dass neu hinzukommende bzw. wechselnde Schwerpunktthemen zur Herausforderung in Hinblick auf das „Content- bzw. Daten-Management“ seitens der Trägervereine werden und nicht zuletzt ein Nachjustieren der Positionierung erfordern. Das vielfältige Angebot kann auch dazu führen, dass die InitiatorInnen sich mit der Zeit selbst dazu anhalten müssen, von bestimmten Themen, die nicht ausreichend „Anklang“ innerhalb der Community, wieder Abstand zu nehmen.

Schwierig wird es weiters, wenn die auf der Internetseite publizierten Inhalte den Zielen und Programmen der Bezirks- bzw. Stadtpolitik zuwiderlaufen und die Politik die „AktivistInnen“ mehr als Bedrohung denn als potenzielle PartnerInnen empfindet.

Teilfrage 3: Wie gelingt es, in der Stadt breitere Beteiligung durch Gleichgesinnte zu erlangen?

Dem „Prinzip der konzentrischen Kreise“ folgend, kann es auf vielerlei Art und Weise gelingen, Partizipation zu steigern:

- Ausgehend von persönlichen Kontakten – und bereits umgesetzten Projekten – und über die Jahre gepflegten Beziehungen zu Privatpersonen und PolitikerInnen kann es durch Motivation im Bekannten- und Freundeskreis gelingen, zu neuen Kontaktpersonen zu kommen.
- Über persönliche Gespräche und Informationstätigkeit (Anschlagtafeln, Informationen in Schaukästen) ist es möglich, Personen aus dem näheren Umfeld – inklusive wichtiger Schlüsselpersonen wie ÄrztInnen und andere anerkannte Persönlichkeiten im Grätzl – zu aktivieren. Daraus können erste Arbeitskreis und Nachbarschaftshilfe im Kleinen entstehen.
- „Social Software“ wie Dorfwiki, Twitter und Facebook ermöglichen „barrierefreie“ Kommunikation zu allgemein an den auf der Internetseite vorgestellten Themenbereichen, das Aufgreifen „guter Ideen“ von außen und das Mobilisieren einer breiteren Bevölkerung („Politik unter Druck setzen“). Die Kunst besteht in weiterer Folge darin, durch persönliche Kontakte, Vertrauen aufzubauen, Verlässlichkeit und Wertetreuue („Positionierung“) – auch gegenüber der Politik – zu signalisieren.
- Voraussetzung für den Aufbau einer stabilen Gemeinschaft ist großes Durchhaltevermögen („langer Atem“ und durchhalten, bis die Zeit und die Menschen für bestimmte Themen reif sind), einschließlich der Bereitschaft, zumindest zu Beginn der Aktivitäten viel Zeit und Geld (Bereitstellung von Informationsmaterial, Anmietung geeigneter Räumlichkeiten) zu investieren. Auch das Ertragen des Aufeinanderprallens verschiedenster Interessen sowie von Ablehnung und Kritik (vgl. Postings bzw. Stellungnahmen zu eigenen Veröffentlichungen) muss gelernt werden. Selbstzweifel und Reflexion der Sinnhaftigkeit der Unternehmung sind keine Seltenheit.
- Die Prozessorientierung muss ebenso kommuniziert werden wie die realistische Einschätzung von Erfolgen.
- Das Vorweisen von Erfolgen ist der Netzwerkerweiterung dienlich. In Bezug auf den Auf- bzw. Ausbau von Nachbarschaftshilfe ist auf das Wechselspiel von „Geben und Nehmen“ aufmerksam zu machen.

Wichtig ist in jedem Fall die Sicherung der Nachfolge, um die „gute Praxis“ nach dem Ausscheiden von Schlüsselpersonen „weiter am Leben zu erhalten“.

Teilfrage 4: Unter welchen Voraussetzungen wird das individuelle zivilgesellschaftliche Handeln im städtischen Raum politisch unterstützt?

Um seitens der Politik (weiterhin) als Vertrauenspersonen bzw. Verbündete zu gelten, ist es nicht nur wichtig, offen für Kooperation zu bleiben, sondern auch folgende Voraussetzungen zu erfüllen sowie gewisse Spielregeln zu beachten:

- Der Sache dienlich kann eine gemeinsame Geschichte mit einzelnen Politikern (Kindheit, im Grätzl aufwachsen, früheres gemeinsames Einsetzen für dieselben Aktivitäten, sich von früheren Initiativen kennen) sein.
- Persönliche Sympathien zwischen Ehrenamtlichem und einzelnen Politikern sind zu befördern.
- Es ist davon Abstand zu nehmen, (inhaltliche und persönliche) Interessenskonflikte zu erzeugen bzw. parteipolitische Funktionäre öffentlich zu „bedrohen“
- Die Ziele unkonventionellen ehrenamtlichen Engagements und die politischen Ziele sollten konform („gemeinsamer Nenner“) sein sowie einander ergänzen.
- Die Eindeutigkeit der jeweiligen Positionierung muss gegeben sein: Dies lässt eine Passung der thematischen Inhalte der Initiative mit der Bezirks- bzw. Stadtpolitik zu.

Einreichung für das Wissenschaftsstipendium der Stadt Wien

- Es darf nicht geduldet werden, dass die Initiative der ehrenamtlich Tätigen in eine dogmatische Schublade gelegt wird.
- Es ist die Bereitschaft mitzubringen, sich in den übergeordneten, institutionellen Rahmen einzufügen, sofern dies mit der eigenen Positionierung vereinbar ist.
- Die (geplanten) Aktivitäten dürfen nicht im Gegensatz zu bereits getätigten Dialogen bzw. etwaiger Absprachen zwischen Politik und Privaten stehen.
- Es ist Respekt gegenüber parteipolitischen Machtstrukturen („nicht ins politische Handwerk pfuschen“) zu zeigen.
- Die Politik muss ihrerseits Bereitschaft signalisieren, Vertrauen in Initiativen zu haben und sich nicht sofort auf reine Kontrollfunktion zurückzuziehen.

Teilfrage 5: Mit welchen Hindernissen sieht sich die engagierte Privatperson auf infrastruktureller, finanzieller und politischer Ebene konfrontiert?

Die folgende Darstellung der Argumente hat nur auswählenden, nicht abschließenden Charakter. Als besonders relevant werden diese Hindernisse identifiziert:

- das Finden einer innovativen, „zündenden“ Idee, die eine bestimmte kritische Masse an Interessierten anspricht
- das Vorhandensein eines gewissen Startkapitals (Zeit, Geld, geeignete Räumlichkeiten)
- die Prozesshaftigkeit der Unternehmung an sich: Schnelle Lösungen sind nicht möglich.
- der Aufbau eines sozialen Netzwerks an Verbündeten (z. B. HauseigentümerInnen, Wirtschaftstreibenden, einzelnen (Bezirks-)PolitikerInnen)
- die zögerliche Kooperationen mit öffentlichen Einrichtungen, die sich ihrerseits politischen Zwängen ausgesetzt sehen
- die Bereitstellung und Verteilung von Informationsmaterial (Erleichterung: Internet)
- all jene Aspekte, die unter Teilfrage 4 aufgezählt worden sind, teilweise diametral, d. h. negativ interpretiert (z. B. persönliche Antipathien, Störung parteipolitischer „Kreise“)
- Es ist eine klare Positionierung erforderlich – weg von der Revolution hin zum geordneten und transparenten Aktionismus.
- Es muss gelernt werden, mit politischen Kulturen wie etwa dem vor Wahlen kaum möglichen Finden von Ansprechpersonen vor anstehenden politischen Wahlen umzugehen.
- „Die Politik sieht sich als Verantwortliche, Macherin und Umsetzerin.“ (Endl 2010). Sie wirft privat ehrenamtlich Engagierten vor, „leicht reden (zu) können, weil sie nichts umsetzen müssen“ und tut sich schwer, Macht abzugeben (Stichwort „Empowerment“, vgl. Röbbke o. J., S. 3).
- die Bereitschaft der Politik, sich konkreten, wiederkehrenden Anliegen von engagierten Personen bzw. BewohnerInnen bestimmter Grätzl bzw. Wohnviertel anzunehmen. Die gegenwärtige Situation hingegen sieht anders aus: Die Bezirkspolitik entkoppelt ihre Anliegen weitgehend von jenen der ortsansässigen Bevölkerung.
- die Herausforderung der Organisation der Kontakte, des Behalten des Überblicks – vor allem in Hinblick auf querschnittsorientierte Themen sowie die Vielfalt der AkteurInnen und Partizipierenden
- Die Vernetzung mit anderen „organisierten“ Partizipationsprozessen wie etwa mit Lokalen Agenda 21-Prozessen ist nur dann möglich, wenn eine entsprechende Unterstützung seitens der Bezirkspolitik gegeben ist. So kann beispielsweise die Schwächung der Lokalen Agenda 21 seitens der Bezirkspolitik sogar forciert werden, wenn die Mitsprache- bzw. Entscheidungsbefugnis der Engagierten und das interessierte Kollektiv „überhand“ nimmt.

Teilfrage 6: Welches sind die größten Chancen zivilgesellschaftlichen Engagements auf persönlicher Ebene?

Einreichung für das Wissenschaftsstipendium der Stadt Wien

Die Beantwortung dieser Frage ist aufgrund der vermuteten Vielfältigkeit der hinter dem ehrenamtlichen Engagement stehenden Motivationen, Wünschen und Hoffnungen lediglich in stichwortartiger Weise zulässig:

- Suche nach Lebensinhalt bzw. „Erfüllung“
- Sinnstiftung
- gutes Gefühl, für die Allgemeinheit etwas zu tun bzw. „privilegiert zu sein, etwas tun zu dürfen“
- anderen Menschen ein großes Geschenk machen, nämlich: Zeit und Engagement zu schenken
- die Möglichkeit, zu einer positiven Zukunft beizutragen
- Erkennen der Chancen und Potenzielle des Lebens begleitenden Lernens
- lernen, los zu lassen: So ist es etwa natürlich, dass sich Projektgruppen nach erfolgreicher Aktivität wieder auflösen.
- auf der Suche nach sozialen Kontakten lernen, mit dem Risiko von Ablehnung umzugehen
- Kontakt zu sehr unterschiedlichen Personengruppen und Interessensvertretungen
- Erlangen einer bestimmten „Machtposition“ gegenüber der Politik, wenn Unterstützung seitens der Öffentlichkeit groß genug – Möglichkeiten, etwas zu verändern, bzw. Politik zum Handeln bringen
- Überwindung von Angst, Angst vor Nachteilen, die unter Umständen aus „nachweisbarem“ Engagement erwachsen können.
- aus der Ohnmacht gegenüber „politischen Übermächtigen“ erwachen.

Teilfrage 7: Wo liegen die Potenziale unkonventionellen zivilgesellschaftlichen Engagements im städtischen Raum?

Eine Diskussion über die zukünftige Entwicklung des unkonventionellen Ehrenamts in der Stadt muss folgende Aspekte umfassen:

- das Identifizieren von Notwendigkeiten, die ehrenamtliches Engagement erfordern wie etwa sich ändernde Voraussetzungen (z. B. soziodemographischer und wirtschaftlicher Wandel)
- die Erörterung der Bedeutung der subjektiven Lebenslage und Stellung im Lebenszyklus, z. B. die geminderte „Bereitschaft hinauszugehen bei Krankheit und Arbeitsplatzverlust“ (Endl 2010)
- das Erkennen von Bedingungen für das Gelingen der Aktivität u. a. durch Auseinandersetzung der Kernfrage: Wer ist bereit, wo unter welchen Voraussetzungen welche Aufgaben zu übernehmen? Wer leitet an?
- die klare Positionierung gegenüber der Bezirks- und Stadtpolitik und das zur Kenntnis nehmen der „Aufgabentrennung“ (Endl 2010)
- das Erfordernis, eine bestimmte kritische Masse zu erreichen und nicht unbedingt die Dauer der konkreten Unterstützung als Indikator für den Erfolg zu sehen
- das Betonen der Qualität des Informiertseins
- ein öffentliches Bewusstsein dafür schaffen, dass zivilgesellschaftliches Engagement eine neue Art von Wohlbefinden erzeugen kann
- sich von der Forderung nach Bringschuld wegbewegen und sich auf Holschuld zubewegen
- Vielfach erfolgt in der Gesellschaft die Bewertung von Leistungen nur monetär. Dieser Ansatz ist für das Ehrenamt im hier gemeinten Sinne kontraproduktiv.
- Eine quantitative Einschätzung des zukünftigen ehrenamtlichen Engagements ist aufgrund bislang wenig gesicherten Wissens über systemische Zusammenhänge und die mangelnde Verfügbarkeit neutraler Dokumentationen bisher „gelaufener Aktivitäten“ aus wissenschaftlicher Sicht nicht zulässig.

4. Abschließende Bemerkungen

An das Ende der Betrachtungen seien einige Bemerkungen Fritz Endls zur zukünftigen Entwicklung unkonventionellen zivilgesellschaftlichen Engagements im Allgemeinen gestellt: „Wir befinden uns angesichts der globalen Entwicklung heute in einer Weichensituation: Radikales Umdenken ist erforderlich, was dazu führen kann, dass unkonventionelle AußenseiterInnenpositionen bündnisfähiger werden ... Die Leute antizipieren die Notwendigkeit des Ehrenamts beim Blick in die eigene Zukunft.

Dazu müssen bestimmte Privilegien gegeben sein, um sich tatsächlich zu engagieren ... Diese Privilegien sind die Voraussetzung dafür, um sich für jene zu Wort melden zu können, die selbst nicht dazu in der Lage sind.“ (Endl 2010)

5. Quellenverzeichnis

Alkan, G. (2010): Ein Grätzelaktivist und subversiver Beamter. Artikel online abrufbar auf der Internetseite: <http://dastandard.at/1266541192183/Ein-Graetzlaktivist-und-subversiver-Beamter> (2007-27-03).

Becker, E. (2008): Alle reden über Zivilgesellschaft. RaumPlanung 138/139: 119-123.

Damyanovic, D. (2007): Der differenzierte Blick im gendergerechten Planungsprozess. Zoll+ Nr. 10, 17. Jg.: 43-47.

DorfWiki OnlineCommunity (2010): Startseite: <http://www.dorfwiki.org/wiki.cgi> (2010-27-03).

Endl, F. (2010): Gespräche am 11.2.2010 und 12.3.2010, geführt in Wien.

Fischer, T. (2010): Im Dienste der Allgemeinheit?! Möglichkeiten und Hemmnisse unkonventionellen zivilgesellschaftlichen Engagements in Wien. Magistratsabteilung 7 – Kultur. Wissenschafts- und Forschungsförderung.

Kamleithner, Ch. (o. J.): „Regieren durch Community“ – neoliberale Formen der Stadtplanung. Informationen online abrufbar auf der Internetseite des Arbeitskreises Quartiersforschung: http://www.quartiersforschung.de/download/Abstract_Kamleithner3.pdf (2010-27-03).

Morgan, H. (2007): Wir brauchen engagierte Menschen, die andere begeistern können. Journal Nachhaltigkeit 4/2007: 6.

OnlineCommunity GründerWiki (2010): <http://www.wikiservice.at> (2010-27-03).

Opitz, A. (2002): Demokratie um Anfassen. Raum 47/02: 32f.

Plattform Mach' mit im Triesterviertel (2010): Alle Informationen zur Plattform online abrufbar auf folgender Internetseite: <http://www.dorfwiki.org/wiki.cgi?Triesterviertel> (2010-27-03).

Pflüger, F., Dieckmann, A., Hörmann, T., Stachelhaus, Th. (2010): Die Entwicklung der Internet-Plattform „Q+“. RaumPlanung 148: 17-22.

Potz, P., Thies, R. (2010): Zivillgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken! RaumPlanung 148: 11-16.

Purker, E. (2006): Lernen ist Kommunikation ist Teilhabe ist Beteiligung. Zoll+ Nr.8, 16. Jg.: 22-25.

Einreichung für das Wissenschaftsstipendium der Stadt Wien

Röbke, Th. (o. J.): Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklung. Sozialraum – Empowerment – Subsidiarität. Online abrufbar auf der Internetseite von „Wir über uns“ – Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement: <http://www.wir-fuer-uns.de/landesnetzwerk/be-stadtentwicklung.pdf> (2010-27-03).

Röthler, D. (2009): Web 2.0 und Social Media. Lokalität im globalen Netz. Journal Nachhaltigkeit 4/2009: 8.

Stein, U. (2004): Evaluation innenstadtbezogener Kooperationsprozesse mit Akteuren. RaumPlanung 114/5: 127-136.

Wegweiser Bürgergesellschaft (2010): Ein Projekt der Stiftung MITARBEIT - entstanden in Kooperation mit der »Stabsstelle Moderner Staat – Moderne Verwaltung« des Bundesinnenministeriums. Informationen zur Begriffsvielfalt, Freiwilligen in Organisationen, Tipps für persönliches Ehrenamt etc. online abrufbar auf der Internetseite: <http://www.buergergesellschaft.de> (2010-27-03).